

Rumänien: Gentech-Soja ausser Kontrolle



Rumänien, ein El Dorado für die Gentech-Industrie

Rumänien ist für genetisch veränderte Nutzpflanzen und die Gentech-Industrie das europäische El Dorado. Als einziges Land in Europa erlaubt Rumänien den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Soja. Deshalb konnten sich die von den US-Konzernen Monsanto und Pioneer entwickelten „Roundup Ready“ Sojabohnen bisher ungehindert auf Rumäniens Äckern breitmachen. Die rumänische Gentechnik-Gesetzgebung ist sehr rückständig und meilenweit entfernt von der Übernahme aller EU-Normen. In der Regel können nicht einmal die geltenden Vorschriften von den Behörden überprüft werden, weil niemand für die Durchführung von Kontrollen zuständig ist und keine zertifizierten Labors für wissenschaftliche Analysen zur Verfügung stehen.

Die unkontrollierte Ausbreitung der Gen-Pflanzen

Europaweit besitzt Rumänien die größte Anbaufläche an gentechnisch veränderten Pflanzen: auf 140.000 ha wurde in diesem Jahr Soja angebaut, die Hälfte davon ist offiziell als „gentechnisch veränderte Soja“ registriert. Nach Aussagen der Landwirtschaftsverbände und des ehemaligen rumänischen Monsanto-Direktors selbst sind jedoch bis zu 90% der Sojapflanzen GVOs. Und niemand in Rumänien hat diese Situation auch nur annähernd unter Kontrolle.

Greenpeace beweist großflächigen illegalen Anbau von Gentech-Soja

Vergangenen August nahmen Greenpeace-ExpertInnen die Sojafelder Rumäniens in Augenschein, um dem illegalen Anbau von Gentech-Soja nachzugehen. Die Ergebnisse machten deutlich, dass das Land vollkommen unkontrolliert von GVOs überschwemmt wird. Anhand von wissenschaftlichen Tests und PCR-Analysen, die vom österreichischen Umweltbundesamt durchgeführt wurden, konnte Greenpeace beweisen, dass illegaler Gentech-Anbau und gentechnische Kontamination in Rumänien Gang und Gäbe sind. Zwar ist der Anbau von Gentech-Soja auf Provinz-Ebene meldepflichtig. Das Meldeverzeichnis liegt auch im Landwirtschaftsministerium auf, für die tatsächliche Kontrolle seines Inhalts ist jedoch niemand verantwortlich. Während ihrer Arbeit in Rumänien entdeckten die Greenpeace-ExpertInnen durch Zufall, dass in Forschungseinrichtungen auch illegale Versuche mit gentechnisch veränderten Pflaumen und Kartoffeln durchgeführt werden. Es hat den Anschein, dass derzeit weder Wille noch Mittel vorhanden sind, um die Situation wieder ins Lot zu bringen. Dadurch ist nicht nur die Umwelt, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft der Bauern in Rumänien gefährdet. Auch das Recht der KonsumentInnen, zu wissen, ob in einem bestimmten Lebensmittel gentechnisch

veränderte Bestandteile enthalten sind, wird damit untergraben, denn eine angemessene Kennzeichnung steht bis heute aus.

Bauern massiv unter Druck

Die rumänische Regierung und die Bauern werden von der US-Regierung und US-Konzernen wie Monsanto und Pioneer massiv unter Druck gesetzt, Gentech-Soja anzubauen. Die wahren Kosten dieses Experiments für Umwelt, KonsumentInnen und Bauern werden dabei jedoch verschwiegen. Ein wesentlicher Faktor, der zum Kontrollverlust beigetragen hat, liegt im Fehlen einer unabhängigen, landesweiten Beratungsstelle, wo Bauern über die spezifischen Unsicherheiten und Risiken des Gentech-Anbaus umfassend informiert und aufgeklärt werden. Oftmals scheinen sich die Bauern nicht einmal darüber im Klaren zu sein, dass auf ihren Äckern Gentech-Pflanzen wachsen. Die Konzerne halten sich bezüglich der notwendigen Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit sowie bezüglich möglicher Risiken oder wirtschaftlicher Nachteile sehr bedeckt.

Anstatt den Bauern geeignete Mittel zur Nahrungsmittelproduktion bereitzustellen, die der klaren Forderung nach gentechnikfreier Ware auf dem europäischen und inländischen Markt Rechnung tragen, haben Monsanto und Pioneer die Wiederverwendung von Saatgut mit hohen Lizenzgebühren belegt. Dies steht im Konflikt mit der traditionellen Praxis, Saatgut der zweiten Generation anzubauen, und den Bauern entstehen hierdurch schwere wirtschaftliche Nachteile. In der Folge werden immer mehr Bauern in die Illegalität gedrängt, der unkontrollierte Gentech-Anbau breitet sich immer weiter aus. Die einzige Möglichkeit für Bauern, einen Gewinn aus der Sojaproduktion zu erzielen, besteht darin, einen Teil des gentechnisch veränderten Saatguts für das nächste Jahr aufzubewahren und es dann illegal zu verkaufen oder wieder anzupflanzen. Mit dieser Art von Investitionskostenreduktion können sie pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ca. 100 Euro Profit erzielen.

KonsumentInnen haben keine Alternative

Obwohl GVOs in riesigen Mengen in die Umwelt und die Nahrungskette freigesetzt werden, wird die Öffentlichkeit nicht darüber informiert. Ebenso wenig haben KonsumentInnen die Möglichkeit, Näheres über das, was sie essen, zu erfahren. Die Kennzeichnungspflicht, die in Rumänien ohnehin lediglich für Gentech-Soja gilt, ist bis heute nicht durchgesetzt worden. Auf dem Lebensmittelmarkt findet sich kein einziges gekennzeichnetes Produkt. Daher bleibt der Umstand, dass rumänische Lebensmittelhersteller riesige Mengen an Gentech-Soja einsetzen, meist unerkannt. Wie zuvor erwähnt, fehlt es in Rumänien an den nötigen Mitteln für eine effektive Verbesserung dieser Situation, da weder Fachpersonal noch zertifizierte Labors für Kontrollen zur Verfügung stehen. Die Nationale Verbraucherschutzbehörde lässt nur dann Untersuchungen durchführen, wenn sie alarmiert worden ist, weil Gentech-Lebensmittel auf den Markt gekommen sein sollen. Einer Umfrage der rumänischen Verbraucherschutzorganisation zufolge würden 78% der RumänInnen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel einkaufen, wenn sie die Wahl hätten. 98% der Befragten halten die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Nahrung für notwendig und sinnvoll, und 47% glauben, dass solche Lebensmittel ihrer Gesundheit schaden.

Schwere Zeiten für Lebensmittelhersteller

Da die notwendigen Kontrollmaßnahmen in den Bereichen Untersuchung, Kennzeichnung, Überwachung und Rückverfolgbarkeit in Rumänien nicht durchgeführt werden, kann das Land unmöglich mit den EU-Vorschriften und Normen konform gehen. Es besteht die Gefahr, dass alle rumänischen Agrarexporte und Lebensmittel vom EU-Markt verbannt werden – entweder weil sie die EU-Standards hinsichtlich Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit nicht erfüllen, oder weil sie den in fast allen EU-Ländern starken Verbraucherwunsch nach gentechnikfreier Nahrung ignorieren. Rumänische Gentech-Bauern und Lebensmittelhersteller könnten also im EU-Markt bald vor verschlossenen Türen stehen.

Umwelt und Biolandwirtschaft in Gefahr

Der Anbau von Gentech-Pflanzen in Rumänien gefährdet die Artenvielfalt und das Potenzial für die biologische Landwirtschaft. Der weit verbreitete Einsatz von Unkrautbekämpfungsmitteln wie Monsanto's „Roundup“ wird die reichhaltige Pflanzen- und Tierwelt der Region zerstören und zum Problem der Herbizidresistenz führen. In der Folge wird der Einsatz von Herbiziden immer weiter ansteigen, wie Länder wie die USA und Argentinien bereits gezeigt haben. Der illegale Gentech-Anbau und die gentechnische Kontaminierung gefährden nicht nur Rumäniens Potenzial für den Ökotourismus; sie bedrohen die Existenz einer steigenden Anzahl von Biobauern.

GREENPEACE FORDERT:

1. Der kommerzielle Anbau von genetisch veränderten Organismen und Feldversuche mit GVOs müssen unverzüglich verboten werden, um die unkontrollierte Freisetzung von GVOs in Umwelt und Nahrungskette zu stoppen.
2. Alle Genehmigungen für den Import und Verkauf von genetisch verändertem Saatgut sowie für Feldversuche und den kommerziellen Anbau von genetisch veränderten Pflanzen müssen aufgehoben werden. Genetisch verändertes Saatgut, das sich bereits in Rumänien befindet, muss vernichtet werden.
3. Ein Kennzeichnungssystem muss eingeführt werden. Dies erfordert die Rückverfolgbarkeit aller Saaten und Waren, die GVOs sind oder deren Derivate enthalten, „vom Feld auf den Tisch“ bzw. bei Importen „vom Einfuhrhafen auf den Tisch“.
4. Die rumänische Bevölkerung muss das Recht haben, ihre Region oder Land zur GVO-freien Zone zu erklären.
5. Die nationale Biosafety-Kommission muss Vertreter der Zivilgesellschaft einschließlich NGOs haben.
6. Die Regierung muss die biologische Landwirtschaft unterstützen, indem sie die Nachfrage nach biologischen Lebensmitteln über Bildung und Erziehung, das öffentliche Beschaffungswesen und die Entwicklung wirtschaftlicher Anreize fördert.